



### **Pressemitteilung vom 14.05.2013**

## **Protest gegen Besoldungsnullrunde: Bürgermeister Böhrnsen und Finanzsenatorin Linnert nehmen 150 Protestbriefe von Richtern und Staatsanwälten entgegen**

Eine Delegation des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte und der Vereinigung Bremischer Verwaltungsrichterrinnen und Verwaltungsrichter hat heute Bürgermeister Böhrnsen und Finanzsenatorin Linnert 150 Briefe übergeben, in denen Richter und Staatsanwälte ihren Unmut über die vom Senat beschlossene doppelte Nullrunde bei der Besoldung äußern.

Begleitet von mehr als 50 Kolleginnen und Kollegen zog die Delegation vom Gerichtshaus zum Rathaus, wo Karin Goldmann, Vorsitzende des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte, Bürgermeister Böhrnsen und Finanzsenatorin Linnert einen dicken Ordner mit den gesammelten Schreiben überreichte.

**Karin Goldmann** bei der Übergabe: „Da die Richterverbände nicht zu den Gesprächen über die ausbleibende Besoldungsanpassung eingeladen wurden, kommen wir heute mit den schriftlichen Äußerungen der Richter und Staatsanwälte zu Ihnen. Viele Kolleginnen und Kollegen haben nicht nur ihre ganz individuelle Betroffenheit und Frustration über die Senatsentscheidung aufgeschrieben, sondern auch verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Wir erwarten, dass Senat und Bürgerschaft die begründeten Einwände gegen die geplante Nullrunde ernst nehmen. Die Tarifierhöhung muss auch auf Richter und Staatsanwälte übertragen werden!“

Ein Signal, die Pläne zu überdenken, bekamen die anwesenden Richter und Staatsanwälte nicht zu hören. Bürgermeister Böhrnsen sagte lediglich zu, dass die Protestbriefe gelesen würden.

Nach der Übergabe stellte sich Finanzsenatorin Linnert einer kurzen Diskussion. Hierbei sorgte ihr Hinweis darauf, niemand sei gezwungen worden, hier in Bremen Beamter zu werden, für Kopfschütteln. Finanzsenatorin Linnert musste darauf hingewiesen werden, dass es auch in Bremen verfassungsrechtlich nicht möglich ist, Richter und Staatsanwälte im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen. Auf den rechtlichen Einwand, dass es fraglich sei, ob die Besoldung bei einer Nullrunde noch verfassungsgemäß sei, blieb sie eine Antwort schuldig. Angemessen – so die Senatorin – sei das, was die Bürgerschaft festsetze. Dass auch der Gesetzgeber verfassungsrechtliche Vorgaben zu beachten hat und die Besoldung seiner Beamten, Richter und Staatsanwälte nicht allein von der Lage des Haushalts abhängig machen darf, schien der Senatorin nicht erwähnenswert. Deutlicher kann man nicht formulieren, dass die verantwortlichen Politiker in Bremen nicht mehr vor haben, für eine amtsangemessene Alimentation von Richtern und Staatsanwälten zu sorgen!

#### ***Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:***

- Dr. Andreas Helberg (Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte), Tel.: 0170-4087857;  
E-Mail: kontakt@richterverein-bremen.de